



Protokoll des Treffens am 19.02.2015

Seite 1

Ort: Sitzungszimmer des BUND e.V., Am Dobben 44, 28201 Bremen
Beginn: 20.00 Uhr Ende: 21:20 Uhr
Anwesende: siehe Anwesenheitsliste
Gesprächsleitung: Walter Ruffler
Protokollführung: Rainer Böhle

Walter Ruffler begrüßt unter den Anwesenden insbesondere Herrn Marken aus Bremerhaven (1. Sprecher der Bürgerinitiative „Interessengemeinschaft Lückenloser Lärmschutz an der Bahntrasse in Bremerhaven“) und Herrn Budde (Bürgerinitiative „Aktionsbündnis für Sicherheit und Nachtruhe an der Bahn“, Delmenhorst-Ganderkesee-Hude)

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird angenommen.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls vom 15.01.2015

Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Veröffentlichung auf der Homepage www.bahnlaerm-initiative-bremen.de und <http://neu.keine-stadtautobahn.de/index.php?page=bib-einladungen-ab-beginn>.

TOP 2 Aktuelles und Berichte

- Güterzugunfall vom 14.02.2013 am Bremer Hauptbahnhof:
 - Unfallbericht der Untersuchungskommission liegt vor; Fundstelle: http://www.eisenbahn-unfalluntersuchung.de/SharedDocs/Publikationen/EUB/DE/Untersuchungsberichte/2013/059_Vahr%28Abzw%29-Bremen%20Hbf.html
 - Berichterstattung über den Unfallbericht in den Medien aufgrund der Pressemitteilung der Bahnlärm-Initiative Bremen vom 23.01.2015 "Die Handbremse war schuld", die von Zeitungen (WeserKurier/Weser Report) und dem Fernsehen (Bericht von Radio Bremen in der Sendung „buten und binnen“) aufgegriffen wurde.
- Veranstaltung "Schallschutz an Bahnstrecken" des DVWG am 21.01.2015 in Hannover
 - Teilgenommen haben Walter Ruffler und Dieter Holsten
 - Aus den Vorträgen:
 - Niedrige Lärmschutzwände weisen ähnliche Lärminderungswerte auf wie hohe Wände
 - Am Rand der Veranstaltung wurden Kontakte angebahnt:
 - Herr Jan Eiken, Bahnlärmbeauftragter des Landes Bremen, hat mit den anderen Referenten Kontakt aufgenommen, um den Erfahrungsaustausch zu fördern
- Referate der DEGA/ALD-Veranstaltung "Bahnlärm in Bremen" am 01.12.2014 über Link aufrufbar:



Protokoll des Treffens am 19.02.2015

Seite 2

<http://www.ald-laerm.de/projekte-des-ald/2014/ald-veranstaltung-bahnlaerm-in-bremen>

- Deutscher Bundestag: Parlamentsgruppe „Bahnlärm“ gegründet
 - parteiübergreifende Gruppe von 88 der insgesamt 631 Abgeordneten
 - Ziel: intensiv am Problem „Bahnlärm“ arbeiten; Fundstelle des Forderungskatalogs: <http://neu.keine-stadtautobahn.de/uploads/Inis/Bahnlaerm/BT-AGSchieneLaerm20150128Eckpunkte.pdf>
 - Sprecher der Gruppe: Erwin Rüdell, MdB
Postadresse: Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Erwin Rüdell ist Abgeordneter des Wahlkreises 198 im Landkreise Neuwied und Altenkirchen

Seine Wahlkreisbüros:
 - Bürgerbüro Neuwied, Marktstr. 102, 56564 Neuwied
Telefon: +49 2631-221 53
Fax: +49 2631-325 80
erwin.rueddel.wk01@bundestag.de
 - Bürgerbüro Altenkirchen, Rathausstr. 35, 57537 Wissen
Telefon: +49 2742-723 377
Fax: +49 2742-913 363
erwin.rueddel.wk02@bundestag.de
 - Mitglied der Gruppe aus der Region:
MdB Susanne Mittag, Delmenhorst, Abgeordnete des Wahlkreises 28 Landkreise Oldenburg und Wesermarsch sowie der kreisfreien Stadt Delmenhorst.
Postadresse Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon 030-227 78171
E-Mail: susanne.mittag@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Arthur-Fitger-Str. 10, 27749 Delmenhorst, Telefon: 04221-1521212
E-Mail: susanne.mittag.ma03@bundestag.de
- CSR – Volkswagen AG / Daimler AG
 - Leider keine neuen Nachrichten
- Internationaler Bahnlärm-Kongress am 13./14.03. in Boppard
 - Organisiert von Pro Rheintal e.V., Frank Groß
 - Teilnehmer für Bahnlärm-Initiative Bremen: Walter Ruffler und Rainer Böhle



Protokoll des Treffens am 19.02.2015

Seite 3

- Stolzenauer Straße: Neuigkeiten
 - Bericht im WeserKurier vom 19.02.2015: 170 Flüchtlinge aus dem Kosovo sollen in einem leerstehenden Gebäude an der Eisenbahn in der Stolzenauer Straße untergebracht werden
 - Frage des Lärmschutzes für diese Flüchtlingsunterkunft nicht gelöst.

- „Anregungen“ an den Bremer Senat
 - Bahnlärm-Initiative Bremen hat Herrn Senator einen Brief geschrieben und die Liste der „Anregungen“ für die weitere Arbeit des Bremer Senats beigelegt, siehe Anlage.

- Bremerhaven: Herr Marken berichtet über den Status der dortigen Arbeit gegen Schienenlärm:
 - Weitere Lärmschutzwände wurden in der Zeit von 2008 bis 2014 errichtet; Unterstützung von MdB Uwe Beckmeyer
 - Durch die aktive Ansprache der Politik durch die Bürgerinitiative konnten über das ursprünglich geplante Maß zwei weitere Bereiche mit Lärmschutzwänden geschützt werden
 - Im Jahr 2013 beschloss die Stadtverordnetenversammlung jährlich 600.000 Euro eigene Mittel für den Ausbau des Lärmschutzes bereit zu stellen; vorrangig Lärmsanierung von Brücken und Bau von Lärmschutzwänden
 - Acht Projekte wurden definiert, davon vier priorisiert, davon zwei bereits abgeschlossen und zwei in Planung
 - Erkannt wurde: die Stadtverwaltung ist äußerst willig, Maßnahmen zu planen und deren Umsetzung durch die Bahn zu begleiten; die Bahn dagegen zieht nicht in gleichem Maß mit
 - Aktuelle Diskussion: Bahn verlangt Vorlauf von drei Jahren für die Planung (begründet mit den langwierigen Abstimmprozessen für die Streckensperrungen während der Bauphase („Sperrpausen“)).

- Delmenhorst: Herr Holsten berichtet
 - Bürgerversammlung wurde durchgeführt, leider weniger Teilnehmer als erwartet
 - Ansatzpunkte für Lärmschutzmaßnahmen in Delmenhorst wurden ermittelt.

TOP 3: Beitritt zur Bundesvereinigung gegen Schienenlärm (BVS)

- Die Teilnehmer beschließen einstimmig, dass die bahnlärm-Initiative Bremen der BVS beitrifft.
- Das Logo der BVS soll auf den Briefbogen der Bahnlärm-Initiative Bremen unten links geführt werden.



Protokoll des Treffens am 19.02.2015

Seite 4

TOP 4: Kontakt zu niedersächsischen Bahnlärminitiativen rechts der Weser

- In der Ausgabe vom 19.02.2015 des WeserKuriers wurde über umfangreiche Investitionen ins Bahnnetz von Niedersachsen berichtet
- Wichtig ist die frühe Beteiligung der Bürger bei der Planung des Gleisausbaus
- Kontaktaufnahme mit Initiativen rechts der Weser wird angestrebt.

TOP 5: Gleis-1-Klage

- Stand nach dem Urteil:
 - Walter Ruffler hat sich mit mehreren Personen beraten
 - Er wird keine Beschwerde gegen die Nicht-Zulassung der Revision einlegen, da die Aussichten auf Erfolg nicht groß war und weitere Kosten entstünden
 - In Planung: kritischen Kommentar zum Urteil erstellen zur Veröffentlichung an die Presse geben.

Bürgerschaftswahl 2015

- Erarbeitete „Wahlprüfsteine“ wurden verabschiedet Bahnlärm-Initiative Bremen
- Versand wird gemeinschaftlich mit der Bremerhavener Initiative vorgenommen
→ entsprechende Anpassung des Anschreibens: Kopf- und Unterschriftszeile, Inhalt.

TOP 7: Verschiedenes

Walter Ruffler zitiert aus einem Zeitungsbericht des WeserKuriers aus dem Jahr 2010 aus einem Interview mit dem Hamburger Hafensenator Ian K. Karan:

- Hamburger Hafen soll möglichst seine Umschlagszahlen halten
- Wünscht sich Elbvertiefung und weiteren Hafenausbau
- Wenn schon Ladung verloren ginge, dann aber an Deutsche Häfen und nichts in Ausland
- Nicht toleriert werden soll über Auslandshäfen, die mit EU-Mitteln (also auch von Deutschland) ausgebaut worden sind

Nächster Termin: 19.03.2015, 19:30 Uhr.



Protokoll des Treffens am 19.02.2015

Anlage:

„Anregungen“ an den Bremer Senat

Text des Briefes an Senator Lohse vom 18. Februar 2015:



BAHNLÄRM-
INITIATIVE
BREMEN

Bahnlärm-Initiative Bremen
c/o Walter Ruffler
Roonstraße 73
28203 Bremen
Tel/Fax 0421- 7 44 21
walterruffler@aol.com
www.bahnlaerm-initiative-bremen.

Bremen, 18.02.2015

Bahnlärm: Anregungen für den Bremer Senat

Nach meinem Vortrag auf der Veranstaltung „Lärmschutz konkret: Bahnlärm in Bremen“ am 1.12.2014 äußerte Senator Dr. Lohse den Wunsch, sich mit uns über einige Vorschläge auszutauschen, die im Vortrag zu den Handlungsoptionen des Senats gemacht wurden.

Diese Vorschläge habe ich unten nochmals aufgelistet. Die Inhalte können formal als Bundesratsinitiative, als Anträge in der Verkehrs- und Umweltministerkonferenz, als Briefe an die Bundesregierung usw. vorgebracht werden. Eine Kooperation und Abstimmung mit anderen rot und grün mitregierten Bundesländern wäre in jedem Fall wünschenswert.

1. Tempolimit / Nachtfahrverbot für laute Güterzüge:
Der Senat sollte die Initiative der grün mitregierten Bundesländer NRW, Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg unterstützen.
2. Der Senat sollte die Bahn drängen, die Auswirkungen eines Tempolimits für Güterzüge in Ortschaften einmal konkret durchzurechnen (oder es selber in Auftrag geben).
3. Abschaffung der "74er"-Regelung: Der Senat sollte zusammen mit den grün mitregierten Bundesländern eine Bundesratsinitiative zur starten. Im Moment werden Häuser, die seit 1974 gebaut wurden, nicht im "freiwilligen" Lärmsanierungsprogramm des Bundes berücksichtigt.
4. Anpassung der Auslösewerte der Lärmsanierung an die der Lärmvorsorge: "Lärmvorsorge" greift bei Neubaustrecken und bei wesentlichen Änderungen an einer Strecke, alle Anwohner haben einen Rechtsanspruch auf Schallschutz, wenn die Lärm-Werte nachts über dem Grenzwert von 49 dB(A) liegen. "Lärmsanierung" wird an vorhandenen oder "Bestandsstrecken" durchgeführt: Der Auslösewert liegt nachts bei 60 dB(A) (also 11 Dezibel höher), und die Anwohner haben keinen Rechtsanspruch, es ist ein "freiwilliges" Programm des Bundes. Dabei ist Lärm gleich Lärm, ganz gleich, ob die Strecke dort schon vor 100 Jahren gebaut wurde oder erst kürzlich.
5. Anwohner müssen einen Rechtsanspruch auf Lärmsanierung erhalten.



Seite 2 des Schreibens

Bahnlärm: Anregungen für den Bremer Senat

6. Der Erschütterungsschutz muss in die Sanierung mit einbezogen werden.
7. Der Senat sollte dem Bundesverkehrsministerium den Rücken in der Frage der Umrüstung der Bestandswagen stärken: Tempolimits und Nachfahrverbote für laute Waggonen, wenn 2016 nicht die Hälfte umgerüstet ist, völliges Verbot von Graugussbremsen ab 2020.
8. Der Senat sollte (zusammen mit der Handelskammer) weitere Unternehmen durch Lob (oder/und Tadel) motivieren, nur noch lärmarme Güterwagen einzusetzen.
9. Der Senat sollte sich für eine große Dimensionierung der EVB-Strecke über Bremervörde-Rotenburg einsetzen, so dass durch Bremer Wohngebiete tatsächlich weniger Güterverkehr geleitet wird. Auf dieser Alternativstrecke sollten kleinräumige Umfahrungen von Ortschaften eingeplant werden, um die dortigen Anwohner bestmöglich vor Bahnlärm zu bewahren.